

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

### **A281 – Bauabschnitt 2.2 zügig und anwohnerverträglich realisieren**

Die Vollendung der A 281 ist das wichtigste Verkehrsprojekt der Stadtgemeinde Bremen. Die Realisierung des Bauabschnitts 2.2 ist dabei von großer Bedeutung, um dem Ziel einer schnellstmöglichen Schließung des Autobahnringes um Bremen entscheidend näher zu kommen.

Diese Infrastrukturmaßnahme ist von zentraler Bedeutung für die Wirtschaftsverkehre und den Logistikstandort Bremen. Sie entlastet die Innenstadt von LKW- und Durchgangsverkehren und ermöglicht die bessere Anbindung von Güterverkehrszentrum (GVZ) und Häfen ans Hinterland. Durch eine möglichst anwohnerverträgliche Streckenführung ist sie zudem Voraussetzung für eine nachhaltige Entlastung der Wohngebiete im Bremer Süden von unnötigen Durchgangsverkehren.

Es hat intensive Beteiligungsprozesse, Diskussionen und Positionierungen auf der Ebene der Beiräte, auf Versammlungen der Bürgerinitiativen und insbesondere durch die Arbeit des runden Tisches A 281 gegeben.

Der Runde Tisch hat sich am 27. April 2011 unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Neustadt und Obervielands, der Beiräte, der Gewerbetreibenden im GVZ, der Handelskammer und der Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft für die Variante 4-Süd ausgesprochen. In einem sehr konstruktiven Prozess mit einer respektvollen Planungskultur ermöglichte er ein offenes Fachgespräch und die Entwicklung von neuer Trassenführungen entlang vorher diskutierter Kriterien.

Sein bleibender Verdienst wird es sein, den einst angedachten Monsterknoten und die Querspange zur Kattenturmer Heerstraße verhindert zu haben, ohne mit der neuen Variante 4-Süd Abstriche an der Verkehrstauglichkeit der Planung zu machen. Die Variante 4-Süd gibt die Gewähr für eine schnellstmögliche Verknüpfung der bisher bestehenden Teilstücke der A 281 mit der A 1 über den Zubringer Arsten und bietet den Unternehmen im GVZ und deren Beschäftigten damit eine gute Perspektive. Sie stellt ein Höchstmaß an Anwohnerverträglichkeit dar, weil sie Lärm und Schadstoffe gegenüber allen anderen Varianten am geringsten hält. Während der Bauzeit wird der Verkehr mit der Variante 4-Süd am wenigsten beeinträchtigt. Die Bürgerschaft (Landtag) hat die Empfehlung des Runden Tisches am 11. Mai 2011 in einem Beschluss unterstützt.

Der Senat hat in Gesprächen mit dem Vorhabenträger Bundesregierung erreicht, dass die Variante 4-Süd als neue Grundlage der Planungen für den Bauabschnitt 2.2 akzeptiert wird. Auf Wunsch des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde diese Bauvariante dahingehend modifiziert, dass die Länge des Tunnelbauwerks bei gleicher Trassenführung auf das technisch notwendige Maß von 173 m reduziert wurde. Diese Modifizierung bedeutet für das Bauvorhaben eine Kostenreduzierung auf Seite Bremens von 16,5 Millionen Euro. Durch zusätzliche Lärmschutzeinrichtungen lassen sich die nachteiligen Effekte der Verkürzung des Tunnels nachhaltig kompensieren.

Es ist jetzt der Zeitpunkt erreicht, dass die noch offenen Fragen politisch zu entscheiden sind, um zügig mit der Umsetzung des Bauabschnittes 2.2 beginnen zu können.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass sich Senat und Bundesregierung in den Gesprächen auf die gegenüber der Planfeststellungsvariante städtebaulich vorteilhaftere und anwohnerverträglichere Trassenlage der Variante 4-Süd verständigen konnten. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die vom Senat mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung abgestimmte Variante 4-Süd-modifiziert als Grundlage für die weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte unter den unter 2. bis 6. genannten Maßgaben.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, weitere Maßnahmen zum Lärmschutz in den betroffenen Gebieten umzusetzen. Dies gilt insbesondere für den Autobahzubringer Arsten und die A 1 in Arsten, Kattenesch und Habenhausen. Dabei ist zu prüfen, ob durch die erwartete Zunahme des Verkehrs nicht zuletzt auch in der Kattenturmer Heerstraße und hinsichtlich des Bauabschnittes 2.2 zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen in Richtung Kattenturm und Wolfskuhlensiedlung notwendig werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie zeitnah ein Umsetzungskonzept für die Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen des Bauabschnittes 2.2 vorzulegen. Dieses Konzept soll eine Prioritätenliste aller gebotenen Einzelmaßnahmen, eine Darstellung der geplanten zeitlichen Umsetzung sowie deren Finanzierung enthalten.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, das Provisorium der jetzigen Auf- und Abfahrten am Neuenlander Ring und an der Georg-Wulf-Straße so zu modifizieren, dass es für die anstehende Dauer der Bautätigkeit zu einer wirksamen Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner kommt. Die Frage der endgültigen Zu- und Abfahrten im Bereich des Bauabschnittes 2.2 wird unter Beteiligung der Beiräte sowie der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner in so weit als möglich anwohnerfreundlicher Art im Rahmen der Planfeststellung geklärt.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihren Beschluss, dass die Bundesstraße 6 neu (B 6n) nur in der Bremer Vorzugsvariante mit einem Tunnel unter der Start- und Landebahn des Flughafens hindurch gebaut und bei Brinkum an die Autobahn angeschlossen werden soll, also in der Form, wie sie der Runde Tisch zur B 6n in 2009 gemeinsam beschlossen und wie sie der Runde Tisch zum Bauabschnitt 2/2 sie im April 2011 bestätigt hat. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert zudem, dass die Verknüpfung des Bauabschnitts 2/2 und der B 6n auf dem ehemaligen Gelände der Firma Hornbach erfolgen soll. Eine Änderung des Flächennutzungsplans für eine Umfahrung der Landebahn und Trassenführung unmittelbar in der Nähe des Wohn- und Kleingartengebietes Wolfskuhle lehnt die Bürgerschaft (Landtag) ausdrücklich ab.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, mit dem von der Verkürzung der Tunnellänge hauptbetroffenen Anwohner der Variante 4-Süd modifiziert vor der Einleitung eines Enteignungsverfahrens einen einvernehmlichen Ausgleich zu erörtern.

Jürgen Pohlmann, Wolfgang Jägers, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Ralph Saxe, Carsten Werner, Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und  
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE.